Haushaltsrede der Wählergruppe Schneider, 14. Dezember 2023

Sehr geehrte Damen des Stadtvorstandes, werte Ratskollegen, liebe Mitbürger!

Die Folgen der unkontrollierten Massenzuwanderung sind inzwischen schmerzhaft spürbar, auch für jene, die bisher glaubten durch Abwiegelei, Verschweigen oder ideologisch gefärbtes Schönreden, die Probleme verdrängen oder aussitzen zu können.

In Speyer ist die Unterbringung von Migranten inzwischen höchst problematisch, einhergehend mit dramatischer Wohnungsnot.

Auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben sich in der letzten Ältestenratssitzung der Realität gestellt und zugegeben, daß die Massenzuwanderung seit 2015 nie aufgehört hat und man nicht wisse wie es nächstes Jahr weitergehen soll.
Die Maßnahmen, mit denen man sich aktuell noch durchlavieren kann, werden in absehbarer Zeit nicht mehr greifen, schon jetzt verwaltet man nur noch den Notstand.

Wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, daß es die Macht der großen Zahl ist, welche dieses Problem auf Dauer unlösbar macht. Selbst wenn die aktuellen kriegerischen Konflikte in naher Zukunft enden würden, bleiben weltweit noch Abermillionen Menschen, die den Weg nach Deutschland suchen.
Getrieben von den Zuständen in ihrer Heimat und angelockt von den Verheißungen des deutschen Sozialstaates. Schon jetzt hat rund jeder zweite Bürgergeld-Bezieher keinen deutschen Paß.

Auch in der letzten Ältestenratssitzung forderten Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die stringente Durchsetzung geltender Gesetze und eine stärkere Verfolgung der Schleuserkriminalität.
Dafür haben Sie unsere volle Zustimmung, aber diese Erkenntnis kommt leider zu spät, denn mit Mißachtung von Art. 16a des Grundgesetzes wurde die Herrschaft des Unrechts schon 2015 installiert und hält seitdem unvermindert an.
Und was die Schleuserkriminalität angeht, so dürfen wir daran erinnern, daß Sie es waren, die im Oktober 2019, eine per Haftbefehl gesuchte Schlepperkapitänin, hier in Speyer mit allen Ehren empfangen haben.
Damit nicht genug: Man erklärt Speyer zum „Sicheren Hafen“ und wird so zur Filiale eines linken Aktivisten-Netzwerkes namens Seebrücke, welches für die Schleusermafia den Fährdienst übers Mittelmeer organisiert.
Unser Bürgerbegehren zur Vermeidung der AfA wurde abgelehnt, ebenso wie eine Resolution der CDU, um einen Zuweisungsstopp zu erwirken.

Fazit: Die politischen Meinungsführer in Speyer haben in der Vergangenheit absolut nichts getan, um den jetzigen Notstand abzuwenden.
Dazu kann man nur sagen: Geliefert, wie bestellt.

Bisher wurde Kritik an der Einwanderung in die Sozialsysteme immer abgewiegelt mit der Behauptung, Deutschland sei ein reiches Land und könne sich das leisten.
Das war schon 2015 Unsinn, denn schon damals hat die OECD darauf hingewiesen, daß Alters- und Kinderarmut in Deutschland drängende Probleme der nahen Zukunft sind.

Da sind wir inzwischen angekommen und als Folge von Kardinalfehlern in allen Politikbereichen wird Deutschland zusätzlich von Rezession und Inflation heimgesucht.

Ein weiteres Obdachlosenheim mußte in Speyer gebaut werden und in Ihrer Haushaltsrede haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, erwähnt, daß sich die Anträge auf Wohngeld im laufenden Jahr mehr als verdreifacht haben. Klare Indizien, daß das Phänomen zunehmender Verarmung auch Speyer erreicht hat.
Geliefert, wie bestellt.

Aber nicht nur hinsichtlich Wohnraummangels und Wohlstandsverlust sind Veränderungen feststellbar:
Seit kurzem haben wir ein neues Frauenhaus. Das war notwendig und ist grundsätzlich erfreulich, aber es gibt Begleitumstände, die sind es nicht. In der Frauenhausstatistik ist dokumentiert, daß der Anteil von Bewohnerinnen mit Migrationshintergrund vom Jahr 2000 bis 2020 von 41% auf 67% angestiegen ist und sich dort eingependelt hat. Das kommt davon, wenn man Massenzuwanderung aus Kulturkreisen zuläßt, wo Unterdrückung und Gewalt gegenüber Frauen selbstverständlich ist.
Geliefert, wie bestellt.

Zur öffentlichen Sicherheit nur ein paar Schlaglichter:
- Die Zahl der Messerattacken und Straftaten auf Bahnhöfen ist drastisch gestiegen (s. Statistik der Bundespolizei).
- nach aktueller Einschätzung des Verfassungsschutzes ist die Terrorgefahr durch Islamisten so hoch wie schon lange nicht mehr; zwei Terroranschläge konnten Anfang Dezember vereitelt werden.
- Als direkte Folge des Krieges in Israel, erleben wir in Deutschland judenfeindliche Demonstrationen, insbesondere dort, wo sich muslimisch geprägte Parallelgesellschaften etablieren konnten.
- Schweden, seit Jahrzehnten für seine freizügige Asyl- und Einwanderungspolitik bekannt, erlebt eine Welle von Mord- und Totschlag, verursacht durch Bandenkriege krimineller Clans mit Migrationshintergrund. Man prüft sogar den Einsatz des Militärs.
So weit sind wir hierzulande noch nicht, aber was nicht ist, kann noch werden.

Das alles sind die Konsequenzen von Konflikt- und Kriminalitätsimport infolge unkontrollierter Masseneinwanderung.
Auch Speyer muß sich diesen veränderten Realitäten stellen. Was früher undenkbar war und dann zur Ausnahme wurde, ist inzwischen Normalität. Wer nicht weiß wovon die Rede ist, der möge sich die Merkel-Poller und Fahrzeugsperren am Weihnachtsmarkt anschauen, so etwas gab es vor 2016 nicht. Und anstatt effektiv die Ursachen zu bekämpfen, erläßt die Landesregierung neue Gesetze mit Sicherheitsvorschriften, so streng und aufwendig, daß viele öffentliche Veranstaltungen und Feierlichkeiten abgesagt werden müssen.
Geliefert, wie bestellt.

Nun, die Einwände des politisch-korrekten Establishments sind ebenso bekannt wie abgedroschen. Als die Betreiber des Bürgerbegehrens die Sorgen von Mädchen und Müttern vortrugen, weil man als Standort für ein Asylantenheim die direkte Nachbarschaft von vier

Schulen gewählt hatte, da wurde ihnen Stigmatisierung und diffuse Ängste vorgeworfen. Und das ausgerechnet von den Kreisen, die mit diffusen Ängsten gerne Politik betreiben.

So wie die CDU, welche den Antrag stellte, die Dunkel- und Angsträume in Speyer zu erforschen, weil diese potentiell als unsicher empfunden werden.
Oder die SPD, die beantragte zum Schutz von Frauen und Mädchen einen besonderen Nachttaxi-Service.

Solche Maßnahmen, zeigen eindeutig die veränderte Sicherheitslage im öffentlichen Raum. Natürlich wollen die Verantwortlichen das nicht wahrhaben und versuchen es mit politisch korrekter Rabulistik zu vertuschen.

Und das umfassendste Betätigungsfeld, wo mit diffusen Ängsten gearbeitet wird ist der drohende Weltuntergang durch den angeblich CO2-verursachten Klimawandel. Dessen Bekämpfung ist mittlerweile zu einer Heilsgewissheit geworden, mit religiös-fanatischen Zügen.
Ein Auswuchs dieser Klimareligion ist hier die sogenannte Verkehrswende mit dem erklärten Ziel, Speyer zu einer Fahrradstadt zu machen. Den Buhmann, auf dessen Rücken man dieses Projekt ausformen will hat man auch schon gefunden, nämlich die Autofahrer.

Die werden pauschal verantwortlich gemacht für zu viel Lärm, erhöhtes Unfallrisiko, Feinstaubbelastung und natürlich für einen ungebührlichen Ausstoß von CO2.
Abgesehen von Einzelfällen sind alle diese Behauptungen entweder nicht beweisbar, widerlegbar oder unsinnig. CO2 ist ein lebenswichtiges Spurengas, für Pflanzenwachstum unverzichtbar. Wie sollen denn die Bäume gedeihen, die man zur Schaffung eines resilienten Kleinklimas pflanzen will, wenn auf Teufel komm raus CO2 reduziert wird?

Die Maßnahmen, zur Erzwingung der Verkehrswende sind vor allem zweierlei:
Nämlich ideologiegetrieben und autofahrerfeindlich.
z.B.: Tempo-30 im gesamten Stadtgebiet, verschärfte Verkehrsüberwachung durch städtische Blitzer und Reduzierung der Parkplätze im öffentlichen Raum bei gleichzeitiger Verteuerung der Stellplätze. Und letzteres wird begründet von einem angeblichen Experten namens Manz, der behauptet, die soziale Gerechtigkeit wäre bedroht, weil den Autofahrern der öffentliche Raum kostenlos zur Verfügung steht.
Ein Paradebeispiel für das Niveau der Volksverdummung, wie bei Verkehrswende und Klimaschutz argumentiert wird. Denn jeder weiß, daß Fahrzeughalter eine Menge Steuern zahlen müssen. Kfz-Steuer plus 40-50 % Steueranteil vom Kraftstoffpreis.

Themenwechsel: In Ihrer ersten Neujahrsansprache hatten Sie, Frau Oberbürgermeisterin eine neue Debattenkultur angekündigt. Aber nicht alles was neu ist, muß automatisch besser sein.
Und so kam es dann auch. Anstatt Kultur, kam Unkultur, anstatt einen offenen Diskurs zu fördern, hat man seitens des Stadtvorstandes aktiv versucht, nicht konforme Meinungen und deren Vertreter auszugrenzen.
Zuerst wurde der Punkt „Verschiedenes“ von der Tagesordnung gestrichen, und es so für Ratsmitglieder unmöglich, sich zu Themen zu äußern, die es wegen ihrer Aktualität nicht fristgerecht auf die Tagesordnung geschafft hatten.

Dann wurde eine Verordnung verabschiedet, welche die Nutzung städtischer Räume nur denen gewährte, die zuvor eine politische Verpflichtungserklärung anerkannt hatten.
Das sind Methoden der Gesinnungsgängelei und Meinungsunterdrückung, wie man sie aus totalitären Regimen kennt, gegen den Geist unseres Grundgesetzes, einer freiheitlichen Demokratie auf rechtsstaatlicher Basis schlichtweg unwürdig.

Aber, unsere Wählergruppe hat sich als kampagnenfähig erwiesen, wir haben gegen diese Nutzungsordnung geklagt und vor dem Amtsgericht Neustadt Recht bekommen.
Durch die Urteilsbegründung wurde weder der städtischen Rechtsabteilung, noch dem beschließenden Gremium ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Abschließend zum Haushalt: Bedauerlicherweise steigt der Personalaufwand erneut, sowohl die Kosten, als auch der Personalstand. Wie man selbst zugibt ist das eine dauerhafte Entwicklung, u.a. damit begründet, daß von der Verwaltung immer mehr Aufgaben wahrgenommen werden.
In einem Staat, wo gesetzlicher Regulierungswahn, Asylindustrie und Klimaschutz die letzten verbliebenen Wachstumsbranchen sind, ist die personelle Aufblähung der Verwaltung eine Zwangsläufigkeit, sehr unerfreulich aber nachvollziehbar. Hier könnte nur ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel Abhilfe schaffen, was aber bei der vorherrschenden politischen Lage nicht zu erwarten ist.
Das ausgeglichene Ergebnis zeigt immerhin den Willen zur Konsolidierung und Sparsamkeit. Wohl weniger aus eigener, tieferer Einsicht, sondern weil man sich von der übergeordneten Behörde, der ADD, nicht maßregeln lassen möchte. Deshalb werden wir dem Haushalt zustimmen.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und wünschen allseits frohe Weihnachten und ein glückliches Neues Jahr.

Matthias Schneider
(Ratsmitglied der Wählergruppe Schneider)